

## **Stadt Münster und Wohn+Stadtbau lassen die Situation an der Grevener Straße eskalieren!**

### **Gemeinnützigen Vereinen und Initiativen wurde ohne den öffentlich angekündigten Dialog gekündigt.**

Die Auseinandersetzungen an der Grevener Straße erreichen einen neuen Höhepunkt. Mit einer kurzen schriftlichen Kündigung samt Bevollmächtigungsschreiben der Stadt kündigte die stadteigene Wohn+Stadtbau den im „Versetzt“ (Grevener Str. 53) ansässigen kulturellen und politischen Vereinen und Gruppen den Mietvertrag. Noch vor einem Jahr betonten die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung ihre große Kompromiss- und Gesprächsbereitschaft mit den betroffenen Mieterinnen und Mietern der vom Abriss bedrohten Grevener Straße.

Dem entsprechend wütend reagierten Vertreterinnen und Vertreter des kulturellen Freiraums Versetzt.

„Es ist klar warum die Kündigung gerade jetzt gekommen ist. Die politisch Verantwortlichen haben panische Angst davor, dass der Konflikt um die Grevener Straße den Kommunalwahlkampf entscheidend beeinflussen könnte. Gleichzeitig offenbart es die Gutsherrenart hinter dieser Entscheidung: Anstatt die kommenden Wahlen und mit ihr die wohlweisliche Chance auf den Erhalt der Häuserzeile nach einem „Machtwechsel“ im Rathaus abzuwarten, werden noch schnell Fakten auf Grund einer Stimme Mehrheit geschaffen“, empört sich Frederike Holms vom Versetzt. Holms weiter: „Mit dieser Aktion hat die Stadt in Kooperation mit der Wohn+Stadtbau das Klima für einen vernünftigen Dialog vergiftet! Nun sollen also auch wir dem „Großbreinemachen“ einer Allianz aus Stadtplanern und Provinzpolitikern zum Opfer fallen.

Selbstverwaltete und unkommerzielle linke Projekte und Läden sind in Münster derzeit einem Angriff von Seiten der Stadt ausgesetzt, der in seiner Intensität bisher eher aus Metropolen wie Berlin, Hamburg oder Kopenhagen bekannt ist. Neben der akut räumungsbedrohten Baracke an der Scharnhorststraße und dem alternativen Wohnprojekt Grevener Straße 31 sind jetzt also auch Fakten für uns, das Versetzt, geschaffen worden. Wir rufen alle solidarischen Menschen, Initiativen, Vereine, Läden, Zeitungen und sonstigen Zusammenschlüsse in Münster und darüber hinaus auf, jetzt mit allen Mitteln Druck zu machen und laut und deutlich zu sagen: Es reicht! Finger weg von unseren Freiräumen! Wir bleiben alle!“

Gleichzeitig kündigten die direkt Betroffenen Vereine, Initiativen und Einzelpersonen auch eigene Aktionen und Bündnisse an.

Einem möglichen Alibi- oder Befriedungs-Angebot von Seiten der Stadt erteilten die Vertreterinnen und Vertreter des Versetzt aber bereits jetzt eine deutliche Absage:

„Wir werden uns diesmal nicht mit einem wohl möglich noch kleineren Ersatzobjekt abspeisen lassen,“ so Frederike Holms, „denn die Stadt kennt unsere jahrelange Forderung nach einem unabhängigen und selbstverwalteten Sozialen Zentrum sehr genau. Wenn es ihr wirklich ernst wäre, wüsste sie, was nun zu tun ist.“

Bereits im Jahr 2000, nach der Besetzung der Uppenbergschule überließ die Stadt Münster den dort engagierten Aktivistinnen und Aktivisten gegen eine symbolische Miete das heutige Versetzt, um von dort aus ein Konzept für ein Soziales Zentrum für Münster auszuarbeiten und auf „parlamentarischem Wege“ Räumlichkeiten für ein Zentrum zu bekommen. Alle „Auflagen“ wie feste Ansprechpartner, ein gemeinnütziger Verein, ein Betriebskonzept wurden inzwischen erfüllt – bei den städtischen Entscheidungsträger scheidet es allerdings am politischen Willen, das zugesagte Vorhaben umzusetzen.

**Quelle: Versetzt/Münster solidarisch**